



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat mit dem Endlager für schwach radioaktive Abfälle in Morsleben bereits einen erheblichen Anteil an der Bewältigung der radioaktiven Erblast der gesamten Bundesrepublik beigetragen. Darüber hinaus ist das Bundesland Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien, wodurch die Voraussetzung für das Abschalten von Atomkraftwerken geschaffen wurde. Dies hat zur Konsequenz, dass es in Sachsen-Anhalt anders als in Bundesländern, in denen sich Standorte von Kernkraftwerken befinden, eine hohe Dichte von Windrädern gibt, die vor Ort kontrovers diskutiert wird. Darüber hinaus leisteten die Bürgerinnen und Bürger unseres Bundeslandes einen besonders hohen Anteil beim Umbau des Leitungsnetzes hin zu einer dezentralen Energieproduktion. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass laut der Bundesgesellschaft für Endlagerung mehr als die Hälfte der Fläche der Bundesrepublik grundsätzlich für die Endlagerung hoch radioaktiver Stoffe geeignet sei, spricht sich der Landtag gegen ein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt aus.

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf der Bundesebene entsprechend aktiv zu werden.

Begründung

Entsprechend der 2013 im Bundestag verabschiedeten gesetzlichen Grundlagen läuft zurzeit der Findungsprozess für eine atomare Endlagerstätte auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland. Die Entscheidungsfindung folgt dabei Kriterien, die in einem politischen Prozess festgelegt wurden und am Ende in einem politischen Gremium getroffen werden. Die Koalitionsregierung des Freistaates Bayern unter dem Ministerpräsidenten Söder (CSU) hatte bereits ohne eine geowissenschaftliche

(Ausgegeben am 07.10.2020)

Analyse durch die Gesellschaft für Endlagerung eine Endlagerstätte auf dem Territorium des Freistaates ausgeschlossen, obwohl Bayern im Gegensatz zu Sachsen-Anhalt Standort von Atomkraftwerken ist und dort ansässige Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten damit erhebliche Gewinne eingefahren haben. Deshalb ist es unverzichtbar, dass Sachsen-Anhalt auf seine erhebliche Vorleistung in diesem Zusammenhang hinweist, um sie in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung einzubringen.

In Anbetracht dessen, dass es keine adäquate Lösung für das schwerwiegende Problem des Atommülls geben kann, muss umso deutlicher die politische Dimension der künftigen Entscheidungen unterstrichen werden. Vor dem Hintergrund, dass das Land Sachsen-Anhalt jetzt bereits Zielland von Müllexporten in erheblichem Ausmaße ist, ist es nicht zu akzeptieren, dass im Osten Deutschlands weniger als drei Prozent des gesamtdeutschen Atomstroms produziert worden ist, aber am Ende 100 Prozent der atomaren Erblast der Bundesrepublik Deutschland Sachsen-Anhalt zu tragen hat.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender